Informationen gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Datenverarbeitung im Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar, hier: 2. Offenlage

Die nachfolgenden Informationen betreffen die Verarbeitung der im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens abgegebenen personenbezogenen Daten sowie Stellungnahmen / Anregungen entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie des Landesdatenschutzgesetzes Baden-Württemberg (LDSG BW).

1. Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle ist der
Verband Region Rhein-Neckar (VRRN)
Körperschaft des öffentlichen Rechts
M 1, 4-5
68161 Mannheim
vertreten durch den Verbandsdirektor Ralph Schlusche
E-Mail: info@vrrn.de
Telefon: 0621 – 10708-0

2. Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte des VRRN ist zu erreichen unter:
Verband Region Rhein-Neckar, Datenschutzbeauftragter, M 1, 4-5**,** 68161 Mannheim,
datenschutz@vrrn.de.

3. Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

a. Art und Umfang der Datenverarbeitung

Wenn Sie im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens eine Stellungnahme / Anregung abgeben, speichert der VRRN als verfahrensführende Stelle Ihre personenbezogenen Daten sowie Ihre Stellungnahme / Anregung zur Bearbeitung Ihres Anliegens.

Bei der Abgabe einer Stellungnahme / Anregung per E-Mail oder per Post werden diejenigen personenbezogenen Daten gespeichert, die Sie mit Ihrer Kontaktaufnahme und Abgabe der Stellungnahme / Anregung an den VRRN übermitteln.

Bei Registrierung und Abgabe der Stellungnahme / Anregung in der online-Beteiligungsplattform https://beteiligung-regionalplan.de/vrrn-windenergie2
erhebt der VRRN bzw. der mit dem technischen Betrieb der online-Beteiligungsplattform beauftragte Dritte (GFI - Gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Leipzig)
- bei der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange: E-Mail-Adresse, Benutzername, Institution, Postleitzahl, Ort, Passwort sowie die abgegebene Stellungnahme /Anregung
- bei der Beteiligung der Öffentlichkeit: E-Mail-Adresse, Nachname, Benutzername, Passwort sowie die abgegebene Stellungnahme / Anregung.

Durch den VRRN werden nur diejenigen personenbezogenen Daten verarbeitet, die von Ihnen bereitgestellt wurden. Der VRRN erhebt keine Sie betreffenden personenbezogenen Daten bei Dritten.

b. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die durch Sie bereitgestellten personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO i. V. m. Art. 3 Abs. 2 des Staatsvertrags zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet verarbeitet.

Soweit im Rahmen der Registrierung auf der online-Beteiligungsplattform https://beteiligung-regionalplan.de/vrrn-windenergie2 eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten erteilt wurde, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung dieser Daten die von Ihnen erteilte Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO.

Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen, zugelassenen bzw. in den online-Beteiligungsplattformen durch Ihre Einwilligung legitimierten Datenerhebung ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtmäßig.

Der VRRN behandelt Ihre personenbezogenen Daten streng vertraulich und nutzt diese ausschließlich im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens, insbesondere für die Zuordnung Ihrer Stellungnahme / Anregung und ggf. für eine Kontaktaufnahme zur Rückfrage oder zur Mitteilung des Abwägungsergebnisses.

Die von Ihnen eingereichte Stellungnahme / Anregung wird durch den VRRN fachlich beurteilt, ein Abwägungsvorschlag erstellt und über diesen in den Verbandsgremien beschlossen.

Bezüglich aller eingegangenen Stellungnahmen / Anregungen erstellt der Verband Region Rhein-Neckar nach Beendigung seines Abwägungsvorganges zur Vorbereitung der Beschlussfassung in den Verbandsgremien eine zusammenfassende Übersicht (Synopse) aller Stellungnahmen / Anregungen sowie dazugehöriger Abwägungsergebnisse und macht diese als Teil der Gremiensitzungs-Vorlage auf seinem Bürgerinformationssystem zugänglich. Eine solche Synopse wird auch nach Beschlussfassung durch die Gremien im Internet/auf seinem Bürgerinformationssystem zugänglich gemacht. Die Träger öffentlicher Belange finden in der Synopse die Stellungnahme / Anregung sowie die entsprechenden Angaben über die Behandlung ihrer Stellungnahme / Anregung unter dem Namen Ihrer Körperschaft/Institution. Stellungnahmen / Anregungen von Privaten sind dort anonym, ohne Namensnennung, lediglich als „Privat“ gekennzeichnet.
Alle Stellungnahmen / Anregungen sind mit einer Stellungnahme-ID versehen.
Um die Träger öffentlicher Belange und die Privaten über die Behandlung ihrer Stellungnahme / Anregung unter Hinweis auf die Synopse zu informieren, verwendet der VRRN auch die personenbezogenen Daten zur Kontaktaufnahme.

Ihre Daten werden nur im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) Baden-Württemberg (sowie bezüglich der online-Beteiligungsplattform des Telemediengesetzes (TMG)) verarbeitet.

Eine Weitergabe der Daten an Dritte – mit Ausnahme des vom VRRN zur Umsetzung der online-Beteiligungsplattform beauftragten technischen Dienstleisters (GFI - Gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Leipzig) – erfolgt nicht. Dem technischen Dienstleister ist die Weitergabe und jedwede anderweitige Nutzung der personenbezogenen Daten untersagt, er wurde schriftlich zur Löschung der Informationen nach Auftragserledigung verpflichtet.

4. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie sie für die Bearbeitung Ihres Anliegens und die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe erforderlich sind. Bezüglich der Beteiligungsverfahren im Rahmen der Regionalplanung werden Daten mit Blick auf die jeweilige Plangültigkeit im Regelfall für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten gespeichert.

5. Betroffenenrechte nach Art. 15 ff. DSGVO

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person haben Sie insbesondere folgende Rechte:

- Art. 15 DSGVO: Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung.

- Art. 16 DSGVO: Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sind.

- Art. 17 DSGVO: Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO gegeben ist. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist (vgl. § 35 Absatz 1 BDSG). In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DSGVO.

- Art. 18 DSGVO: Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung in den in Art. 18 DSGVO aufgeführten Fällen.

- Art. 21 DSGVO: Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Wenden Sie sich zur Geltendmachung der vorstehenden Ansprüche bitte an info@vrrn.de.

- Darüber hinaus steht Ihnen gemäß Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für den VRRN zuständige Aufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/6155410, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de.

Sofern der VRRN die für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten nicht erhält oder diese dem VRRN infolge der Geltendmachung der Rechte nach § 15 ff DSGVO nicht mehr zur Verarbeitung zur Verfügung stehen, kann dies dazu führen, dass Ihr Anliegen nicht vollständig bearbeitet werden kann bzw. Sie über das Ergebnis der Abwägung Ihrer Stellungnahme / Anregung nicht informiert werden können.

Stand der Datenschutzhinweise: Dezember 2025